

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Vorschläge zur Einigung.

### Wandervogel ist hoffnungsvoll. — Militärische und juristische Sachverständige an der Arbeit.

Brüssel, 8. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In den hiesigen Regierungskreisen betrachtet man den Ausgang der Verhandlungen in Genf auf Grund der von Wandervogel vorliegenden amtlichen Berichte optimistisch und hält eine Einigung bis zum Ende dieser Woche für unbedingt wahrscheinlich. Hinsichtlich der Kontrollfrage hat sich nach den hiesigen amtlichen Mitteilungen Frankreich der deutsch-englisch-belgischen Interpretation des § 213, nach der eine Völkerbundskontrolle nicht ständig sein kann, stark genähert. Dagegen glaubt man andererseits, daß sich Deutschland mit dem Völkerbundsprotokoll von 1924 als Provisorium abfinden wird und zwar unter der Voraussetzung, daß die Interalliierte Militärkontrollkommission sofort zurückgezogen wird. Im Mittelpunkt der Genfer Debatten steht augenblicklich der belgische Vorschlag, die Ueberwachung in der nicht militarisierten Rheinlandzone entsprechend der Lugemburger Entscheidung mit Deutschland als gleichberechtigtem Teilnehmer vorzunehmen.

Auf deutscher Seite werden, wie der Brüsseler Korrespondent des „Soz. Pressendienst“ von zuständigen Stellen in Brüssel über die Bestrebungen der deutschen Delegation in Genf weiter erfährt, starke Anstrengungen gemacht, um den Eintritt in die koloniale Mandatskommission zu erreichen. Diese Bemühungen sind augenblicklich aber fast so gut wie aussichtslos. Im übrigen aber verläutet, daß die Geschichte des Ankaufs der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, ganz allgemein betrachtet, die Stellung der deutschen Delegation in Genf stark belastet.

### Deutschland soll selber kontrollieren!

London, 8. Dezember. (E.P.) Wiederum melden die „Times“ in ihren Berichten aus Genf, daß noch vor Ende der Woche ein Abkommen zwischen den Mächten in der deutschen Frage erzielt werden würde, das, wenn es nicht an sich selbst endgültig sein werde, dennoch die Grundlage für ein endgültiges Abkommen bilden würde. Die Methode von Locarno scheint wiederum den Erfolg davonzutragen. Auf französischer Seite fühle man, daß es unmöglich sei, etwa auf Grund des Versailler Vertrages auf einer besonderen Kontrolle für das Rheinland zu bestehen. Die „Times“ nehmen in einem Leitartikel in scharfer Weise gegen ein weiteres Fortbestehen der Interalliierten Kontrollkommission Stellung. Diese sei veraltet und ohne jeden praktischen Nutzen. Sie verhindere nur die Entwicklung der neuen internationalen Politik in Europa. Die Aufgabe in Genf bestehe eigentlich darin, alte Formen ohne Voreingenommenheit entsprechend der Verhandlungslage umzuformen. Die „Times“ befürworten eine unmittelbare Einigung zwischen Frankreich und Deutschland, sieht jedoch eine Möglichkeit zur Einigung darin, daß die Räumung des Rheinlandes durch eine entsprechende Inspektion der entmilitarisierten Zone erzielt wird.

Der „Daily Herald“ weist darauf hin, daß die englische Forderung in der Frage der Einschränkung des Exports von Kriegs-

material die Verhandlungen nur erschweren könnte, da man nicht mit Unrecht einen Angriff gegen die deutsche chemische Industrie zugunsten der englischen hierin erblicken könne, und führt aus, daß damit die Frage der Militärkontrolle eine breite Basis angenommen habe.

### Der gestrige Tag der Sachverständigen.

Paris, 8. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Pariser Morgenpresse spricht von dem gestrigen Tag in Genf als „dem Tag der Sachverständigen“. „Petit Parisien“ glaubt zu wissen, daß sie den Auftrag haben, den Vorbehalt Stresemanns über den permanenten Charakter der Investigation in möglichst weitgehendem Maße Rechnung zu tragen. Die Ergebnisse der juristischen Beratungen sollen ähnlich wie bei dem Pakt von Locarno schließlich in einem Sonderdokument zusammengefaßt werden.

Der Sonderkorrespondent des „Petit Journal“ in Genf weiß darüber hinaus zu melden, daß die Frage einer Räumung des Rheinlandes in den letzten Tagen starke Fortschritte gemacht hat. Es sei in der Besprechung zwischen Briand und Stresemann ausführlich von ihr die Rede gewesen. Briand habe Stresemann aufgefordert, ihm Vorschläge zu unterbreiten. Diese Vorschläge seien zwar bisher von Stresemann nicht gemacht worden, aber nichtsdestoweniger existierten sie und befänden sich in den Händen der Sachverständigen. Es handle sich dabei um die Ausarbeitung eines Kontrollsystems für die demilitarisierten Rheinlande, das Deutschland nicht ausgenutzt, sondern das es freiwillig annehmen würde. Deutschland werde es mit anderen Mächten, die in Locarno den Rheinpakt abgeschlossen haben, unterzeichnen.

### „Anpassung“ des Protokolls.

Genf, 8. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstagabend sind die drei juristischen Sachverständigen der Regierungen Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens zusammengetreten, um das Investigationsprogramm von 1924, d. h. seine Umgestaltung und Anpassung an die veränderten Verhältnisse zu beraten. Es verläutet, daß sich die erlösende Formel hauptsächlich in der Richtung bewegt, an den Investigationsplänen des Völkerbundes vom Jahre 1924/25 einen Anhang zu machen, in welchem den deutschen Bedenken gegen den Plan Rechnung getragen wird. Es könnte sich natürlich auch hierbei nur um eine provisorische Lösung handeln, so daß die Vereinfachung des Investigationsplanes einer späteren Tagung des Rates zufallen würde.

### Stresemann erkrankt.

Genf, 8. Dezember. (W.T.B.) Reichsminister Dr. Stresemann, der sich eine leichte Erkältung zugezogen hat, ist ohne Fieber. Auf Vorschlag des Arztes wird er jedoch auch heute nachmittag nicht an der Ratssitzung teilnehmen.

### Frankreichs Abwehrrüstungen.

#### Eine humoristische Erklärung Painlevés.

Ueber die Truppenbewegung in Südostfrankreich vom Abgeordneten Simon Reynaud in der Kammer befragt, gab Kriegsminister Painlevé eine Erklärung ab, die wie ein Witz klingt, aber in Wirklichkeit eine deutliche Mahnung an Mussolini enthält:

„Ich möchte die öffentliche Meinung Frankreichs beruhigen. Ich brauche kaum zu betonen, daß die Regierung nicht die Absicht hat, irgendeinen französischen Soldaten nach China zu schicken, wie dies in den Blättern behauptet wurde. Aus Marokko sind in der letzten Zeit Truppen zurückgekehrt. Dies hat eine Umgruppierung gewisser Garnisonen in Südfrankreich an der italienischen Grenze nach sich gezogen. Weder die französische öffentliche Meinung noch die Meinung des Auslandes mögen darin den Anlaß zu irgendeiner Beunruhigung sehen. Frankreich wird in China nicht intervenieren.“

Daß Truppenentsendungen nach China beabsichtigt seien, ist bisher weder in diesem noch in einem anderen Zusammenhang von irgend jemand behauptet worden. Auch die Truppentransporte aus Marokko haben mit der Angelegenheit offensichtlich nichts zu tun. Painlevé hätte ebensogut erklären können, er bestreite entschieden, daß die Truppenbewegungen an der italienischen Grenze sich gegen Litauen oder Regio richteten.

### Neuer Faschistenüberfall in Ventimiglia.

Paris, 8. Dezember. (E.P.) Nach einer Meldung aus Nizza hat sich in der vergangenen Nacht ein neuer Zwischenfall im Bahnhof von Ventimiglia ereignet. Ein Schiffsaal, in dem sich französische Eisenbahner befanden, wurde von einer Gruppe faschistischer Missetäter überfallen, die den Schiffsaal eingehend durchsuchte. Infolge dieses Zwischenfalles haben die französischen Eisenbahner erklärt, daß sie die Züge in Zukunft nicht mehr über die Grenze führen werden.

Der Rechtsausschuß des Reichstages nahm einen Antrag an, monach die Anwälte der Amtsgerichte ohne jede Einschränkung auch an den übergeordneten Landgerichten zugelassen sein sollen. Diese Bestimmung soll mit dem 1. April 1927 in Kraft treten.

## Der Genfer Kampf.

### Militärkontrolle. — Völkerbundsaußsicht. — Räumung. Rheinlandkontrolle.

Bei den Genfer Verhandlungen handelt es sich um vier, wohl von einander zu unterscheidende Probleme: die Beendigung der Militärkontrolle, um die Einigung über die Völkerbundsaußsicht, die Räumung des Rheinlandes und um eine Kontrolle der entmilitarisierten Zone.

Die Militärkontrolle ist eine „interalliierte“ Angelegenheit, sie wird deshalb von der Botschafterkonferenz der „Alliierten“ in Paris formell entschieden. Sie fällt ihre Entscheidung auf Grund der Berichte der Interalliierten Kontrollkommission in Berlin und dem Gutachten des interalliierten Militärkomitees in Versailles. Um eine Einigung über die noch ausstehenden Streitpunkte — Kasernen, ostpreussische Befestigungen, Stärke der Polizei — schnell zu erzielen, ist der deutsche General Pawels nach Paris gefahren, um dort mündlich mit den interalliierten Militärstellen eine Einigung zu erzielen. Dies geschah gestern; der gestrige Dienstag wird daher von der Pariser Presse als ein „Tag der Sachverständigen“ bezeichnet. Ein Bericht über die Einigungsvorschläge, die diese Sachverständigen gestern in Paris angebracht haben, und über die Meinungsverschiedenheiten, über die sie sich nicht einig sind, ist von dem Generalsekretär der Botschafterkonferenz nach Genf gebracht worden. In Genf wird zwischen den Außenministern also erstens darüber verhandelt, inwieweit sie die Vorschläge der Sachverständigen annehmen, ablehnen, ergänzen oder erweitern wollen. Ist zwischen ihnen eine Einigung erfolgt, dann kann die Botschafterkonferenz zusammentreten und über die Zurückziehung der Militärkontrolle beschließen. Der deutsche Standpunkt ist dabei, daß die deutsche Entwaffnung erledigt ist und die Interalliierte Kontrollkommission ihre Befehlsberechtigung verloren hat. Die Gegenseite scheint sich diesem Standpunkt anzunähern.

Formell davon unabhängig, aber dennoch gleichzeitig, wird in Genf zwischen den Ministern — oder in ihrem Auftrage zwischen ihren Rechtsachverständigen Gaus, Fromageot und Crowe — über das sogenannte Investigationsprotokoll des Völkerbundes verhandelt. Dies Protokoll ist 1924, als Deutschland noch nicht Bundesmitglied war, vom Rate beschlossen worden. Es enthält die Ausführungsbestimmungen zu dem kurzen Artikel 213 des Friedensvertrages, in dem sich Deutschland verpflichtet hat, „jede Untersuchung seiner Militärverhältnisse zu dulden, die eine Mehrheit des Völkerbundsrates für notwendig erachtet“. Dieses „Protokoll“ regelt also das Verfahren im Rate, wenn ein Antrag (z. B. von Frankreich oder Polen) gestellt wird, festzustellen, ob Deutschland gegen die Abrüstungsvorschriften gefehlt hat; es bestimmt die Größe, Zusammenfügung und Befugnisse der Untersuchungskommission, die dann nach Deutschland entsandt werden muß. Das Protokoll sah gleichzeitig vor, daß der Rat „ständige Elemente“ in der entmilitarisierten Zone stationieren könne und ging damit über den Friedensvertrag hinaus, der keine dauernde Kontrolle, sondern nur Untersuchungen von Fall zu Fall vorsieht. Da dieses Protokoll aber nun nur durch einstimmigen Ratsbeschluß geändert werden könnte, wird jetzt darauf verzichtet, es im ganzen von neuem zur Debatte zu stellen. Der Weg des Kompromisses läuft scheinbar dahin, daß man sich durch ein „Zusatzprotokoll“ darüber einigt, welche Bestimmungen Deutschlands nicht anzuerkennen braucht. Das wird die Anpassung an die durch den deutschen Völkerbundeintritt geänderte Lage genannt.

Die endgültige Gestaltung dieses Zusatzprotokolls hängt von der Einigung, die über die Räumung des Rheinlandes in Aussicht genommen ist, ab. Statt sich mit den in Locarno gegebenen Sicherheiten zu begnügen, will Frankreich noch wieder eine Sicherheit, bevor es die Truppen zurückzieht. Die französische Öffentlichkeit scheint allerdings eingeschoben zu haben, daß ohne Räumung keine Verständigungspolitik möglich ist. Aber trotzdem will Frankreich diese Räumung nicht ohne neue Konzessionen. Diese neuen Sicherheiten sollen darin bestehen, daß sich Deutschland mit einer Ueberwachung des Rheinlandes abfindet. Die Gefahr, daß diese Ueberwachung die Form der „ständigen militärischen Elemente“ annimmt, die das Investigationsprotokoll vorsah, scheint beseitigt. Dagegen steht zur Debatte, ob Deutschland lieber auf eine frühzeitige Räumung verzichtet, so daß dann keine besondere Ueberwachung des Rheinlandes mehr stattfindet, oder ob das Rheinland bereits in nächster Zeit völlig geräumt wird, dafür aber Deutschland sich mit einer Ueberwachung der entmilitarisierten Zone abfindet — die ja wesentlich größer ist als das besetzte Rheinland. Hierbei geht der diplomatische Kampf erstens darum, wie eine solche Ueberwachung eingerichtet werden soll — ob sie z. B. aus Zivilisten, wie z. B. Konsuln der Rheinpaktmächte, mit oder ohne Hinzuziehung deutscher Vertreter bestehen soll. Zweitens dreht es sich darum, ob eine solche Rheinlandaußsicht nur solange vorhanden sein soll, wie die Alliierten das Rheinland besetzt halten dürfen, oder ob sie für die Dauer eingerichtet wird. Beides wäre eine große Konzession Deutschlands, da weder die Rheinlandaußsicht auf Zeit noch die auf Dauer im Friedensvertrag vorgesehen ist. Im Gegenteil sieht der Friedensvertrag eine konzeptionslose frühere Räumung ausdrücklich für den Fall vor, daß Deutschland seine Abrüstungsverpflichtungen erfüllt hat und seine Reparationszahlungen gesichert erscheinen.

### Sowjetgranaten für die Reichswehr.

#### Und Kampfflugzeuge aus Sowjetrußland obendrein.

Wir sind auf einem kläglichen Rückzug. Unser Enthüllungswindel über die Sowjetgranaten ist völlig zusammengebrochen. So steht es in der „Roten Fahne“, damit die kommunistischen Arbeiter nicht kopfschütteln werden vor der Sowjetrepublik, die ihnen Brüdergrüße schickt, der Reichswehr aber Granaten und Kampfflugzeuge.

Aber warum sind wir auf einem kläglichen Rückzuge? Weil wir die Veröffentlichung des „Manchester Guardian“ über die Junkers-Werke abgedruckt haben. Eine Flugzeugfabrik — weiter nichts, so sagt die „Rote Fahne“, das ist nicht neu. Wir wissen nicht, ob sie Bomben aus Kampfflugzeugen für harmloser hält als Sowjetgranaten? Sie findet nichts daran, daß die Reichswehr ohne Bewilligung des Parlamentes sich eine Flugzeugfabrik in Rußland einrichtet. Sie darf nichts daran finden.

Aber diese Flugzeugfabrik — hinter der verschwindet alles andere. Wenn der „Vorwärts“ die Enthüllungen des „Manchester Guardian“ über die Junkers-Werke veröffentlicht, dann ist nicht mehr wahr, was er vorher veröffentlicht hat — das ist die Logik der „Roten Fahne“. Wenn wir künftig etwa Herrn Gehler öffentlich auf illegale Beziehungen der Reichswehr zu Rechtsverbänden in Sibirien stellen würden, dann ist nicht mehr wahr, was wir über solche illegale Beziehungen in Fulda gesagt haben.

Die verantwortlichen Kreise in der Reichswehr und Herr Gehler haben vielleicht dumme Verteidiger — die Kommunisten sind doch die dümmsten von ihnen.

Es bleibt — trotz Junkers! — wahr, daß die Reichswehr Sowjetgranaten bezogen hat und noch bezieht, es bleibt dabei, daß Reichsmehrmunition im Kubangebiet fabriziert wird, es bleibt bei den Transporten über Stettin und manchem anderen, darunter auch bei der Fabrikation von deutschen Kampfflugzeugen durch Junkers in Rußland.

Vielleicht fragt die „Rote Fahne“ im Reichswehrministerium an? Es würde ihr gut anstehen.





